

Aus dem Inhalt

Änderung der Thüringer Kommunalordnung geplant	2
Gründung der LAG Hartz-IV	4
Land betrügt Eltern und Kommunen	5
Eine Idee: Gesprächskreis Ländlicher Raum	6
Außenseiter - Spitzenreiter	7
Besucherfahrt in den Landtag	8

Mach' mit, mach's nach, mach's besser !

Liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle nun ein Aufruf in eigener Sache. Unser Blitzlicht möchte und soll weiter wachsen. Leider macht die Erstellung der Zeitung sehr viel Arbeit. Und das obwohl sie ja recht klein ist. Die Größe ist jedoch nicht alles, auf die Inhalte kommt es an! Mit unserem Blitzlicht wollen wir linke Themen mehr in den Fokus der öffentlichen Betrachtung stellen und natürlich unsere Mitglieder über Neuigkeiten aus dem Parteileben informieren. Daher ist jede Unterstützung willkommen! Wer etwas inhaltlich zur Zeitung beitragen möchte, ist herzlich eingeladen. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Text nun journalistisch exakt formuliert ist - also bitte keine falsche Scheu! Einige Genossinnen und Genossen haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht wofür wir uns sehr herzlich bedanken!

Keine faulen Kompromisse der SPD bei Hartz-IV-Reform



Die Vorsitzende der LINKEN, Gesine Lötzsch, kritisiert das vom Kabinett beschlossene Gesetz zur Hartz-IV-Reform als "eine Missachtung des Bundesverfassungsgerichtes und der Arbeitslosen" und warnt vor faulen Kompromissen bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Ohne "substantielle Verbesserungen beim Regelsatz" könne es keine Zustimmung geben. Gesine Lötzsch erklärt:

Das Prinzip Armut per Gesetz, wie es von SPD und Grünen beschlossen wurde, wird fortgeschrieben. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden nicht eingehalten. Die Anhebung um fünf Euro ist in Wirklichkeit eine Kürzung von Hartz IV, weil die Regelsätze seit Jahren nicht mit der Preisentwicklung Schritt halten. Spitzengespräche

ersetzen kein geregeltes Gesetzgebungsverfahren. Wir haben durch die von der Regierung verschuldeten knappen Fristen jetzt die große Chance, durch gemeinsames Handeln der Opposition echte Verbesserungen zu erzwingen. Es darf jetzt aber keine Alleingänge und keine faulen Kompromisse geben. Mit ein paar kleinen Änderungen am Bildungspaket ist es nicht getan. Ohne substantielle Veränderungen beim Regelsatz kann es keine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf geben. Die Wohlfahrtsverbände haben errechnet, dass der Regelsatz allein, wenn die größten Tricksereien heraus gerechnet werden, auf deutlich über 400 Euro steigen müsste. Dann müssten auch die Kinderregelsätze ansteigen. Das wäre immer noch zu wenig, jedoch die rote Linie für jeden Kompromiss.

Änderung der Thüringer Kommunalordnung geplant

KOPFOR Thüringen e.V.

Die Herausforderungen an das Land und die Kommunen steigen. Zu den Aufgaben, die die Städte, Gemeinden und Landkreise bewältigen müssen, gehören die demografische Entwicklung sowie die Finanzsituation. Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltungen sollen zur Verbesserung der Situation beitragen, ohne die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken. Die Kommunen sollen zuerst alle Möglichkeiten prüfen und nutzen, um die ihnen obliegenden Aufgaben dauerhaft und in hoher Qualität erfüllen zu können. Auch die Diskussion über künftige kommunale Strukturen ist in vollem Gange. Mehrere Anträge und Gesetzentwürfe beriet der Thüringer Landtag in der Vergangenheit dazu. Auch eine aktuelle Stunde im Septemberplenar des Landtages beschäftigte sich wieder mit dem Thema der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Die Landesregierung sieht nach Auffassung des Innenministers keine Veranlassung, das Thema übers Knie zu brechen. Wie sinnvolle Kreisstrukturen aussehen könnten, dazu wird im zweiten Halbjahr ein Gutachten in Auftrag gegeben. Der Gesetzgeber will den unterschiedlichen Anforderungen an sinnvolle kommunale Strukturen gerecht werden. Dabei spielt auch die Aufgabenreform eine wichtige Rolle, also die Frage, welche Ebene welche Aufgaben am besten erfüllen kann. Seit Juni dieses Jahres beschäftigt sich der Innenausschuss des Landtages mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden. Betroffen wären die Gemeinden Bischofferode, Großbodungen und Neustadt

(Landkreis Eichsfeld), die Stadt Großenehrich und die VG Greußen (Kyffhäuserkreis), die Gemeinden Auleben, Görsbach, Hamma, Stadt Heringen/Helme, Urbach, Uthleben, Windehausen und die Verwaltungsgemeinschaft



Goldene Aue (Landkreis Nordhausen), die Stadt Meiningen und die Gemeinde Herpf (Landkreis Schmalkalden-Meiningen), die Stadt Neustadt an der Orla und die Gemeinde Breitenhain (Saale-Orla-Kreis) sowie die Gemeinden Dittersdorf und Dragensdorf (Saale-Orla-Kreis). Ein entscheidendes Kriterium für die Gestaltung zukunftsorientierter kommunaler Strukturen ist die Vorgabe von Mindesteinwohnerzahlen. Um dieses Kriterium zu erreichen, soll in einem ersten Schritt die Thüringer Kommunalordnung (Thür-KO) geändert werden. Bisher konnten Gemeinden mit

unter 3000 Einwohnern einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung zur Wahl eines hauptamtlichen Bürgermeisters stellen. Diese Möglichkeit der Ausnahmeregelung soll nunmehr entfallen. Die Vorgabe, dass eine Verwaltungsgemeinschaft mindestens 5000 Einwohner haben soll, wird ausdrücklich wieder in das Gesetz aufgenommen. Neu ist in dem Gesetzentwurf, dass Verwaltungsgemeinschaften, die in drei aufeinanderfolgenden Jahren weniger als 5000 Einwohner haben, innerhalb von zwei weiteren Jahren zur Neugliederung verpflichtet werden sollen. Ziel ist dabei die Bildung von Landgemeinden. Bisher sieht die Kommunalordnung vor, dass in erfüllenden Gemeinden ein hauptamtlicher Bürgermeister tätig sein muss. Auch hierbei plant die Landesregierung eine Veränderung und legt den Maßstab der Einwohnerzahl für die Haupt- oder Ehrenamtlichkeit zugrunde. Neue VGs oder erfüllende Gemeinden sollen nicht mehr gebildet, bestehende nicht erweitert werden. Die Landesregierung favorisiert auch hier künftig die Landgemeinde. Diese sei besser in der Lage, die finanziellen Mittel zu bündeln und wesentlich effektiver als die bisherigen Verwaltungsgemeinschaften einzusetzen. Darüber hinaus seien die Organe der Landgemeinde im Gegensatz zur Verwaltungsgemeinschaft unmittelbar demokratisch legitimiert. Wann die Änderung der ThürKO im Landtag beraten und beschlossen wird, steht noch nicht fest. Wir bleiben am Thema dran.

Text: KOPOFOR

Leserbrief: Gerard-Serge Benoit



Betreffend des Emblems der früheren DDR, habe ich in dem Artikel von Ronald Handel in Nummer neun des Blitzlichts, vernünftige Sätze gelesen die ich ganz und gar billige. Die Wiedererweckung der Symbole des Arbeiter und Bauernstaates inmitten der Finanz- und Wirtschaftskrise des freien Kapitalismus und umso mehr in der ehemaligen Hauptstadt des Dritten Reiches, Räuberhöhle der schlimmsten Feinden der Menschheit in der Geschichte hat etwas, moralisch gesehen, gesundes.

Denn, die Beschäftigung mit der Vergangenheit hat nichts zu tun mit irgendwelcher Nostalgie. Im Gegenteil, ist es den Nagel auf den Kopf zu treffen, wenn man sagt, dass die Geschichte der DDR sowohl große Erfolge als auch weniger erfolgreiche Ergebnisse beinhaltet. Über die ersten brauche man nur einfach zu erwähnen, dass mehr als 100 Staaten der Welt die DDR anerkannt haben. Und weiter, die erstaunlichen olympischen Ergebnisse in den Stadien, wie zum Beispiel Mexiko 1968, München 1972, Montreal 1976 sprechen für sich. Ein nur 17 Millionen Einwohner zahlendes Land deklassiert die große BRD. Über das Thema Gesundheit, wenn

man hier und jetzt gegen die Kopfpause mit Recht streitet, reicht es nur zu erwähnen, dass es vor der so genannten Wende eine kostenlose Krankenversicherung hier in Thüringen gab.

Seien Sie aufrichtig, der nicht Bürger der DDR waren sollte, bevor er etwas verurteilt, sich mit früheren aufgeschlossenen DDR-Bürgern verständigen. Und wer als ehemaliger DDR-Bürger diese beschimpft, sollte sich mit Menschen der Mehrheit der Länder der UN, die in freundschaftlichen Beziehungen mit der DDR standen, in Verbindung setzen. Denn eine fruchtbare Auseinandersetzung kann nur im wechselhaften Austausch der Meinungen von pro und Kontra geschehen.

Beleidigungen und Totschweigen helfen nicht. Die Geschichte der Menschheit ist das herrlichste Feld der wahren Polemik überhaupt. Auch für uns, leidenschaftlicher Anhänger und Befürworter der positiven Bilanz der DDR, sind die Pfeiler der Contras willkommen, nur unter der Bedingung der Nachprüfbarkeit. In der Anhängerschaft der Linden dürfte sich nicht mehr jemand finden, der Kenner von der früheren Nomenklatura, bestreitet die Fehler und Mängel, die von dieser begangen wurden nur so bedeutsamen gegeneinander werden wir uns vertragen und mit großen Schritten vorwärts in eine glückliche Zukunft hinein schreiten.

Leserbriefe stellen eine persönliche Meinung dar und müssen nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen.

2. Tagung des 2. Kreisparteitages am 30.10.2010 im Bürgerhaus "Werra-Aue" in Wernshausen

09.00 – 09.10 - Eröffnung des Parteitages, Wahl der Tagungsleitung, Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplanes, Bestätigung der Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Wahlkommission

09.10 – 09.50 - Referat des Kreisvorsitzenden

09.50 – 10.10 - Jens Petermann, MdB – Aktuelle Themen der Bundespolitik

10.10 – 10.15 - Bericht der Mandatsprüfungskommission

10.15 – 10.25 - Aufstellung Kandidaten für die Kreisrevisionskommission

10.25 – 10.30 - Wahl

10.30 – 10.45 - Pause

10.45 – 10.50 - Bekanntgabe der Wahlergebnisse

10.50 – 12.50 - Diskussion und Beschlussfassung Schwerpunktaufgaben für 2011

12.50 – 13.00 - Schlusswort des Kreisvorsitzenden

Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV

Ina Leukefeld, stellvertretende Landesvorsitzende der Thüringer LINKEN und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, im Thüringer Landtag erklärt anlässlich der Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV:

Heute hat die Bundesregierung die so genannte Hartz IV- Reform beschlossen. Als direkte Antwort darauf konstituiert sich am Nachmittag eine Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV bei der Thüringer LINKEN. „Dieser Schritt ist ein symbolischer Akt, der mit Nachdruck auf die Situation der Betroffenen und der solidarischen Haltung meiner Partei aufmerksam machen soll.“ sagt Ina Leukefeld.

Gemeinsam wollen wir Protest artikulieren und konkrete Veränderungen erreichen. Die LINKE hat sich seit Schröders Agenda 2010 mit den verschiedenen Hartz – Gesetzen gegen die zunehmende Aushöhlung des Sozialstaates gewandt. Hartz IV gilt seit 5 Jahren als Armut per Gesetz. Darüber täuscht die auf dem Papier sinkende Anzahl der direkt Betroffenen nicht hinweg. Die Politik der schwarz- gelben Bundesregierung ist eine Verhöhnung der Leidtragenden. Niedriglöhne, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und immer mehr Arbeit auf Zeit wegen befristeter Arbeits- verhältnisse sind der Preis für eine geschönte Statistik. Dazu

gehören auch der demografische Wandel in Thüringen und die weiter anhaltende Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen. „An ihnen geht der Aufschwung vorbei, in Thüringen sind mehr als 60.000 Menschen trotz Erwerbstätigkeit in Hartz IV. Das ist eine Schande.“ sagt Ina Leukefeld. Angesichts der seit Monaten massiv verstärkten Diffamierungskampagne gegen Betroffene ist ein Umdenken in Politik und Öffentlichkeit dringend geboten. Menschen mit und ohne Arbeit müssen menschenwürdig leben. Wir brauchen jetzt eine bedarfsorientierte Grundsicherung, einschließlich einer Kindergrundsicherung von mindestens 500 € monatlich.

Die Linke: Stoppt die Rente ab 67!



Vor dem Bundesarbeitsministerium demonstrierten hunderte Gewerkschafter - unterstützt durch DIE LINKE - gegen die Rente ab 67. Mit gutem Grund: Rente ab 67 bedeutet Rentenkürzung für alle - ohne etwas an der Kassenlage der Rentenversicherung zu verbessern. Schon heute liegt das tatsächliche Eintrittsalter in die Rente bei 63 Jahren, schon heute finden Arbeitslose über 60 kaum noch eine Stelle. Statt immer neuer Rentenkürzungen fordert DIE LINKE daher flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr.

Mehr Informationen, Bilder, Videos der Aktion und Hintergrundfakten auf der Internetseite der Partei: www.die-linke.de oder als Informationsmaterial in der Kreisgeschäftsstelle erhältlich.

Land betrügt Eltern und Kommunen!

Angesichts der Nachricht, dass das Land den Kommunalen Finanzausgleich um 90 Millionen Euro kürzen will, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: "Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Damit fehlt im KFA genau der Betrag, der die bessere Kita-Betreuung finanziert hätte. Damit finanzieren ausschließlich die Eltern und die Kommunen die Kita-Reform. Macht die Landesregierung diesen Plan wahr, bricht die SPD mit diesem Finanzierungstrick ein weiteres Wahlversprechen."

Ramelow erinnert an die Forderung seiner Fraktion, das zusätzliche Geld für die Verbesserung der Kinderbetreuung in den Haushalt des Kultusministeriums und somit in die Verantwortung des SPD-Landesvorsitzenden Matschie zu geben. Damit wäre auch die Finanztransparenz für Eltern und Gemeinderäte gesichert gewesen. Die SPD habe sich zum wiederholten Mal von der CDU über den Tisch ziehen lassen und den Millionenbetrag in "das große schwarze Loch des Kommunalen Finanzausgleichs" versenkt. Der eigentliche Skandal besteht darin, dass in gleicher Höhe die allgemeinen Zuweisungen an die Kommunen gekürzt werden. "Das ist eine üble Methode von Hütchenspielern zulasten der Eltern und der kommunalen Ebene", so der Fraktionschef der LINKEN weiter. Mit diesem erneuten Griff in die Taschen der

Kommunen werde die finanzpolitische Demontage des Landes weiter betrieben. "Wir werden nicht zusehen, wenn Bibliotheken geschlossen, das Kulturerbe fortgesetzt und Elternbeiträge nach oben getrieben werden!", betont Ramelow.



Der Vorsitzende der LINKEN im Landtag fordert einen sofortigen Stopp dieser verantwortungslosen Politik des Landes gegenüber den Kommunen. Zudem sei das Herumtricksen beim KFA ein erneuter Beleg für "das Jammerspiel der SPD: Auf der Bundesebene als Opposition vollmundig auftreten und die von der LINKEN initiierte Kampagne 'Kommunen in Not' kopieren und in Thüringen gleichzeitig den Kommunen die finanzielle Luft entziehen "das nenne ich schändliches und janusköpfiges Agieren!", so Ramelow abschließend. (pm)

Landesparteitag: "Sozial geht nur mit uns!"

Am 13.11.2010 findet die 2. Tagung des 2. Landesparteitages der LINKEN Thüringen im Tagungshotel "Burghof Kyffhäuser" in 06567 Steinhilber statt. Der Tagungsort befindet sich direkt unterhalb des Kyffhäuserdenkmals. Das Motto lautet: "Sozial geht nur mit uns".

Im Mittelpunkt der Tagung steht neben der aktuellen Debatte eine erste Diskussion zu den bisherigen Ergebnissen der Programmdiskussion in Thüringen sowie die Diskussion und Beschlussfassung zu seniorenpolitischen Leitlinien der Thüringer LINKEN.

Tagesordnung:

1. Referat des Landesvorsitzenden
2. Aussprache
3. Stand Programmdiskussion
4. Seniorenpolitische Standpunkte
5. Nachwahl zur Landesschiedskommission
6. weitere Anträge

www.die-linke-thueringen.de



In der Politik darf man nicht versuchen, mit dem Kinn eine Faust k.o. zu schlagen.

Sven Olof Palme

Eine Idee die Schule machen könnte: Gesprächskreis Ländlicher Raum

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Der Gesprächskreis Ländlicher Raum bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde 2002 gegründet. Er setzte in gewisser Weise die 1993 eingeführte Themenreihe „Agrarpolitik und ländlicher Raum fort. Diese Themenreihe hatte 3-4 mal jährlich insbesondere aktuelle Probleme der Agrarpolitik und des ländlichen Raumes als Politikfeld behandelt. Mitbegründer waren Dr. Fritz Schumann, damals Bundestagsabgeordneter der PDS, Dr. Hans Watzek, Landwirtschaftsminister a. D. und Günter Maleuda, später Bundestagsabgeordneter der PDS. Begonnen wurde im Februar 1993 mit dem heute noch aktuellen Thema: „Bodeneigentum in Deutschland. Zur Tradition wurden anlässlich der jeweiligen Bundestagswahlen Diskussionen mit Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien über deren agrarpolitische Positionen. Zu den Höhepunkten zählten zwei Konferenzen 1995 und 2000 zur „Gegenwart und Zukunft von Agrargenossenschaften und anderen Gemeinschaftsformen in der Landwirtschaft“, die jeweils u. a. durch soziologische Untersuchungen des Instituts für Sozialdatenanalyse (isda) vorbereitet und in Kooperation mit dem Bauernverband bzw. Genossenschaftsverbänden veranstaltet wurden.

Anliegen des Gesprächskreises war und ist, diese Traditionen fortzusetzen, jedoch einerseits das Schwergewicht auf Fragen des ländlichen Raumes zu verlagern und andererseits verstärkt Expertenwissen aus Praxis und Wissenschaft im Hinblick auf Problemlösungen, auf das Gewinnen und Umsetzen von neuen Erkenntnissen, guten Erfahrungen und know how zusammenzutragen. Dabei geht es um praxisorientiertes Wissen für Akteure und Multiplikatoren auf drei Ebenen: (1) Beitrag zu Grundfragen der integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes, zum ganzheitlichen Herangehen an die Analyse der Probleme und Veränderungen; sei es die Frage der Entwicklung einer ländlichen Wirtschaft, mit der neben landwirtschaftlichen vor allem auch nichtlandwirtschaftliche Klein- und Mittelunternehmen und nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden; sei es die Entwicklung einer ländlichen Infrastruktur nach solchen Kriterien, die in der Verminderung sozialer Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen sowie in der bleibenden Rolle dezentraler Siedlungsstrukturen und entsprechend relativ kleiner Siedlungseinheiten (Dörfer) bestehen; sei es

Grunderkenntnissen, welche Rolle die verschiedenen demografischen Gruppen spielen und wie dem demografischen Wandel auf dem Lande aktiv und zukunftsorientiert, also nachhaltig begegnet werden kann. Damit soll zur Ausgestaltung des Politikfeldes Ländlicher Raum, sowohl einer ressortübergreifenden Politik für den ländlichen Raum als auch einer akteursorientierten Politik im ländlichen Raum beigetragen werden.

(2) Auf der regionalen Ebene geht es vor allem um Konsequenzen aus den Analysen der unterschiedlichen ländlichen Räume, sowohl im Hinblick auf die große Differenziertheit zwischen ländlichen Regionen als auch deren spezielle Entwicklungspotenziale. Dazu wurden verschiedene Studien und Untersuchungsergebnisse präsentiert und diskutiert. Insbesondere geht es um eine Sichtweise, die nicht die negativen Wirkungen des demografischen Wandels einseitig überbetont und z. B. von einer „drohenden Gefahr schwedischer Verhältnisse“ spricht, sondern, im Gegenteil, wie z. B. in Schweden, wo dünn besiedelte Regionen als Teil des Ganzen, als Normalität betrachtet werden, wo nicht nur den dicht, auch die dünn besiedelten Regionen eine Zukunft gesichert werden soll. Eine spezielle Thematik, die weiter verfolgt wird, ist

die Rolle der LEADER-Regionen für die regionale und Dorfentwicklung; dies insbesondere auch im Hinblick auf den potenziellen Erhalt der positiven LEADER-Erfahrungen in der EU-Politik für den ländlichen Raum nach 2013 und die Möglichkeiten, nicht nur materielle Projekte zu fördern, sondern auch soziale Prozesse, wie z. B. die Mobilisierung des „sozialen Kapitals“ der Dörfer, des Wirkens lokaler Akteure.

(3) Als dritte Ebene spielt seit 2003 die lokale Ebene, insbesondere die Entwicklung der Dörfer, eine zunehmende Rolle in der Arbeit des Gesprächskreises. Im Unterschied zur offiziellen Politik, für die meist die Kommunalpolitik die unterste Handlungsebene darstellt, wandte sich der Gesprächskreis – angeregt durch die Erfahrungen von Dorfbewegungen in anderen europäischen Ländern – intensiv der eigentlichen untersten Ebene im ländlichen Raum, der Ebene der Dorfentwicklung zu.

Die Arbeit des Gesprächskreises hat durch Anregungen und Förderung zur Entwicklung einer solchen zivilgesellschaftlichen Bewegungsform beigetragen, wie es das „Brandenburgische Netzwerk für Lebendige Dörfer“ darstellt. Das Netzwerk wurde inzwischen als eine Art regionaler Dorfbewegung als Mitglied in die europäische Vereinigung der Dorfbewegungen (ERCA) aufgenommen. Mitglieder der AG Lebendige Dörfer gehören zu den regelmäßigen Teilnehmern des Gesprächskreises; der wiederum gab der AG Lebendige Dörfer Gelegenheit, jeweils über die Tage der Dörfer zu berichten und die gewonnenen Erfahrungen zur Diskussion zu stellen.
www.rosalux.de

Die Einrichtung eines solchen Gesprächskreises mit Vertretern der Wirtschaft, Kultur und Politik könnte auch in Schmalkalden-Meiningen einen Sinn machen. Gerade im Hinblick auf das Thema Gebietsreform besonders der Eigenständigkeit Oberhofs wäre es lohnend darüber nachzudenken.

Außenseiter - Spitzenreiter



"Was denn, Du bist ein Linker?" Mit diesen Worten veränderte sich das Menschenbild meines Gegenübers schlagartig. Wahrscheinlich zweifelte er an sich selbst. Sowas hätte er doch nie von mir gedacht. Seit frühester Schulzeit kannten wir uns. Und nun - gut 20 Jahre später - das! Die Verwunderung wich aus seinem Gesicht und machte einem mitleidigen Ausdruck Platz. Die Linken sind doch politische Außenseiter, alles Populisten, Spinner - er steigerte sich noch ein paar Worte lang. Auf meine Frage, was wir denn machen würden, das ihn zu seiner Meinung veranlaßt, meinte er, wir würden den Menschen den Himmel auf Erden versprechen. "Schön daß Du den Sozialismus als Himmel bezeichnest." war meine Antwort. Nachdem er den Schock dieser einfachen Logik überwunden hatte, begann er nachzudenken und das Gespräch wurde sachlicher. Bei seiner Außenseiter-These blieb er allerdings weiterhin. Immerhin, damit teilte er den Standpunkt der Kanzlerin,

die in ihrer jüngsten Regierungserklärung der Linken das Gleiche vorwarf. "Sie wollen scheinbar nicht dazugehören" waren ihre Worte. Zu einem den Menschen verachtenden System? Nein! Sogar mein Schulfreund setzt die Begriffe Menschenverachtung und Kapitalismus gleich. Schnell kamen wir auf die Frage der Bezahlbarkeit. Und wie so oft in der Politik und den Medien mußte ich feststellen, daß man soziale und gerechte also linke Lösungen gar nicht hören will. Egal wie wissenschaftlich, empirisch, statistisch oder einfach logisch die einzelnen Lösungsansätze sind, sie interessieren einfach nicht. Erst nach langer eindringlicher Diskussion mußte selbst mein Schulfreund die Vernunft in den Ideen der Linken eingestehen (ich hatte Zeit genug, er konnte ja nicht weglaufen). Doch selbst dann, streubte er sich gegen jene Vernunft und blieb bei seiner These, wir als politischer Außenseiter können ja eh nichts ausrichten. Und wieder verschloß er den Blick vor der Wahrheit - nämlich der Wahrheit der Wahlergebnisse. Die Linke ist kein Außenseiter sondern ideeller Spitzenreiter. Und je größer die Kluft in der Gesellschaft wird, desto eher wird sie auch politischer Spitzenreiter. Die Tendenz ist erkennbar und wird sich fortsetzen. Und wenn also die Linke stärker wird je grausamer, unmenschlicher und unsozialer die Gesellschaft wird, dann kann damit ja nur erwiesen sein, daß die Linke eben die einzige Partei mit einem sozialen Gewissen ist. "Ja, ich bin ein Linker!" R.Hande

Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Rechte angepaßt werden. Alle Politik muß ihr Knie vor dem Rechte beugen.

Immanuel Kant

Wir gratulieren im Oktober:

Lothar Abe (70.)
Helga Wohlang (70.)
Marga Albrecht (74.)

Eva Beck (74.)
Gotthard Großer (76.)
Gerd Kusch (76.)
Günther Krug (77.)
Hans-Günther Weilepp (79.)
Emmy Raßbach (81.)
Günter Flemming (86.)

Noch freie Plätze: Besucherfahrt zum Landtag



Für den 10. Dezember hat der Landtagsabgeordnete Manfred Hellmann zu einem Besuch des Thüringer Landtags eingeladen. Der Vormittag wird von einem Vortrag und dem anschließenden Besuch des Planarsaals eröffnet. An diesem Tag wird dort eine Sitzung der Abgeordneten stattfinden. Anschließend gibt es die Möglichkeit mit Manfred Hellmann ins Gespräch zu kommen. Nach dem Mittagessen im Restaurant des Landtages geht die Fahrt weiter zum

Erfurter Domplatz. Auf dem Weihnachtsmarkt ist genug Zeit für einen Glühwein oder den Spaziergang durch die weihnachtliche Altstadt der Landeshauptstadt. Hin- und Rückfahrt werden via Bus durch das Wahlkreisbüro Manfred Hellmann in Schmalkalden organisiert. Die Anmeldung zu dieser kostenlosen Fahrt sind bis spätestens zum 30. November dorthin zu richten. Die Anzahl der Plätze ist leider begrenzt. www.manfred-hellmann.de

+++ WICHTIGE MELDUNG +++

Die Beitragszahlungen für den Monat Oktober im Lastschriftverfahren wurden bereits Ende September durch unsere Bank eingezogen. Dabei handelte es sich um ein Versehen. Die zeitige Bearbeitung des Lastschriftverfahrens war wegen Urlaub einige Tage zuvor in Auftrag gegeben worden. Dabei wurde die Ausführungsanweisung zu einem späteren Termin (nämlich Anfang Oktober) übersehen und sofort eingezogen. Wegen dieser Unannehmlichkeiten bitten wir um Entschuldigung! Die künftigen Lastschrifteinzüge werden wie in der Vergangenheit innerhalb der ersten drei Bankarbeitstage durchgeführt.

+++ WICHTIGE MELDUNG +++

DIE LINKE.
SCHMALKALDEN-MEININGEN

Wir begrüßen als Neumitglieder
in Walldorf:
Michael Kornaretzki (Jg. 1959)

Impressum

DIE LINKE Kreisverband
Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. 03683-466333
webmaster@die-linke-sm.de
www.die-linke-sm.de

Für namentlich gekennzeichnete
Beiträge trägt der Verfasser die
alleinige Verantwortung.

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.
14.00 - 16.30 Uhr

(und nach Vereinbarung)

Sofern die Geschäfts-
stelle nicht besetzt ist,
bitte im Arbgeordneten
von Manfred Hellmann,
MdL klingeln (direkt
darüber).

Die Abgeordnetenbüros:

Jens Petermann, MdB
Nonnenplan 7
98617 Meiningen
Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann, MdL
Hoffnung 11
98574 Schmalkalden
Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:

www.die-linke-sm.de

"Woran erkenn' ich den besten Staat?" Woran du die beste Frau kennst: Daran, mein Freund, daß man von beiden nicht spricht.

Friedrich von Schiller